

Es werden Klagen laut, daß von den Hauptämtern (in der Provinz Sachsen) die Vermischung von 96er Waare mit Nachproduktion von weniger als 90 Prozent nicht gestattet werde. Nähere Angaben über das Sachverhältniß sowie über den Grund der Ablehnung fehlen zwar, allein es läßt sich kaum anders erklären, als daß Waare von weniger als 90 pCt. zur Lagerung behufs Ausfuhr nicht angenommen worden ist. Andernfalls wären die Hauptämter gar nicht in der Lage, eine Bearbeitung und Vermischung der unter ihrem Mitverschluß lagernden Zucker zu verhindern. Ist die Voraussetzung aber zutreffend, dann muß man bedauern, daß die Fabriken nicht zeitig vor dem 1. August ihre Vorräthe wenigstens noch auf etwas über 90 pCt. gebracht haben.

Schließlich ist darauf aufmerksam zu machen, daß nach Inhalt der Verwaltungsvorschrift für die Zucker, sie mögen unter Verschluß gelagert und als ältere anerkannt sein oder nicht, vom 1. Oktober 1888 ab eine Befreiung von der Verbrauchsabgabe nicht mehr gewährt wird. Ferner besagt die Anlage zu den Ausführungsvorschriften unter I. 2. d im letzten Satz: „eine nicht vorschriftsmäßige Anmeldung kann unberücksichtigt bleiben.“ Daraus folgt, daß die Berücksichtigung solcher, in der Form mangelhafter Anmeldungen dem Ermessen der Steuerbehörde anheimgegeben ist. Wenn also jetzt eine Fabrik auf Grund solchen Formfehlers eine Zurückweisung erfahren hat, so stünde nichts im Wege, einen Antrag auf Berücksichtigung noch zu stellen, und man darf annehmen, daß das Gesuch wohl Aussicht auf Erfolg haben könne, so lange noch nirgends von der neuen Ernte Zucker hergestellt ist.“ —

Wir bemerken hierzu noch folgendes: Von vielen Fabriken ist zu ihrem Nachtheile die Bestimmung wegen der unfertigen Fabrikate dahin verstanden worden, daß auch bei diesen die Identität festgehalten werden müsse, was nicht der Fall ist; vielmehr kann nach dem Wortlaut der Bestimmungen schon aus neuen Rüben verfertigter Zucker bis zu der aus den alten unfertigen Produkten auszubringenden Höchstmenge bis 1. Oktober cr. zum höheren Vergütungsätze ausgeführt werden.

Die fragl. Fabriken haben sich, ebenso wie einige Steuerbehörden gar nicht denken können, daß ein so weitgehendes Zugeständniß beabsichtigt sei.

Die Red. d. Umschau.

Entziehung der Abgaben.

Erkenntniß des vierten Civilsenats des Reichsgerichts vom 11. April 1888.

(Schluß.)

I. Die Steuerbehörde hat angenommen, daß die solchergehalt durch Umwandlung von Stammaktien hergestellten Stammprioritätsaktien dem Tarif zu I 1 a des Reichsgesetzes, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben, vom 29. Mai 1885 unterworfen und demgemäß mit einer Stempelabgabe von fünf vom Tausend des Nennwerthes zu versteuern seien. Die Klägerin hat die Stempelsteuer gezahlt, jedoch auf Rückzahlung derselben Klage erhoben, weil nur eine Umwandlung von Aktien in Frage stehe, welche von dem die Stempelsteuer für Aktien normirenden Gesetze nicht getroffen werde. Das Landgericht hat der Rückforderungsklage stattgegeben, das Berufungsgericht jedoch dieselbe abgewiesen. Die Klägerin hat gegen die Abweisung des Klageanspruchs Revision eingelegt. Dem Rechtsmittel hat aber der Erfolg versagt werden müssen.

Das Gesetz unterwirft der Stempelsteuer alle inländischen Aktien. Diese Steuer lastet, wie mit dem Berufungsgericht angenommen werden muß, auf der Urkunde, welche über das Anthellsrecht der Aktionäre an dem Vermögen der Aktiengesellschaft

ausgestellt wird. Zu den Urkunden, welche dazu bestimmt sind, ein Anthellsrecht an dem Vermögen der Aktiengesellschaft zu bekräftigen, gehören an sich auch die Stammprioritätsaktien. Die rechtliche Bedeutung derselben ist streitig. Wenn begriffsmäßig davon ausgegangen wird, daß die Rechte und Pflichten der Aktionäre ihrem Wesen nach gleich sein müssen und nur ihrem Umfange nach insofern verschieden sein können, als sich die Rechtsstellung des Aktionärs dem Gesellschaftsvermögen gegenüber nach der Zahl seiner Aktien bestimmt, ebenso wie beim Miteigenthum die Rechte der einzelnen Miteigenthümer zwar nach den ihnen zustehenden Quoten verschieden sein können, aber ihrem Wesen nach gleich sein müssen, so läßt ein Standpunkt, um die Stammprioritätsaktien als Urkunden über Anthellsrechte am Gesellschaftsvermögen anzusehen, nicht wohl gewinnen. Es ist daher die Meinung aufgestellt worden, daß Stammprioritätsaktien als qualifizierte Prioritätsobligationen aufzufassen seien, die sich von anderen Prioritätsobligationen zwar allgemein durch den nachstehenden Locus und den eventuellen Anspruch auf einen Zuschlag unterscheiden und im Besonderen je nach dem Inhalte der einzelnen Statuten verschieden sein können, im übrigen aber nach den Regeln gewöhnlicher Prioritätsobligationen, nämlich als Urkunden über Schuldforderungen zu beurtheilen sein. Allein diese Auffassung läßt sich nach der Bestimmung im Artikel 209 a, Nr. 4 des Handelsgesetzbuchs in der dem Gesetzbuch durch das Reichsgesetz vom 18. Juli 1884 über Kommanditgesellschaften auf Aktien und über Aktiengesellschaften gegebenen Fassung nicht mehr aufrecht halten. Und es braucht nicht untersucht zu werden, wie die Stammprioritätsaktien nach dem früheren deutschen Aktiengesellschaftsrecht zu bestimmen sein möchten. Durch Artikel 209 a, Nr. 4 des Handelsgesetzbuchs in der neueren Fassung ist für Festsetzungen, durch welche für einzelne Gattungen von Aktien verschiedene Rechte, insbesondere betreffs der Zinsen oder Dividenden oder des Anthells am Gesellschaftsvermögens gewährt werden, die Aufnahme in den Gesellschaftsvertrag vorgeschrieben. Es wird also die rechtliche Möglichkeit des Bestehens von Anthellsrechten am Gesellschaftsvermögen, die ihrem Wesen nach insofern verschieden sind, als die auf die fraglichen Anthellsrechte fallenden Zinsen oder Dividenden oder der bei der Theilung zu ermittelnde Antheil am Vermögen nicht bloß nach dem Aktienbetrage sich richten, ausdrücklich anerkannt. Haben also die von dem gegenwärtigen Streitfalle betroffenen Aktien, welche aus gewöhnlichen Stammaktien in Stammprioritätsaktien mit den angegebenen Vorrechten vor den übrigen Stammaktien umgewandelt worden sind, die Bedeutung von Urkunden über Anthellsrechte am Gesellschaftsvermögen nicht verloren und sind darnach Stammprioritätsaktien wie die in Rede stehenden an sich geeignet, als Aktien unter die Bestimmung des Tarifs zu I 1 a des Gesetzes, betreffend die Erhebung der Reichsstempelabgaben, gebracht zu werden, so fragt sich weiter, ob die Art der Entstehung der fraglichen Stammprioritätsaktien die tarifmäßige Aktienstempelsteuer ausschließt.

Mit dem Beschlusse vom 15. Mai 1886 wurde eine Vermehrung der Betriebsmittel der klagenden Aktiengesellschaft bezweckt. Als Mittel dieser Vermehrung hätte die Erhöhung des Grundkapitals und demgemäß die Ausgabe neuer Aktien gewählt werden können. Diese neuen Aktien wären alsdann der Natur der Sache nach unter die Bestimmung des Tarifs zu I 1 a des erwähnten Reichsgesetzes gefallen. Als Mittel der Vermehrung des Betriebskapitals wählte man indeß das Angebot der Bevorzugung vorhandener Aktien vor den anderen gegen die von den Aktien-Inhabern zu leistenden Zahlung eines bestimmten Betrags vom Hundert des Nennwerthes der Aktien. Mit der Ausführung dieser Maßregel fand, da 6251 bisherige Stammaktien über je 600 Mark gegen Zahlung von 20 vom Hundert in Stammprioritätsaktien mit den angegebenen Vorzugsrechten vor den bisherigen Stammaktien umgewandelt wurden, eine Erhöhung der Betriebsmit-